

HAT DAS RECHT IN KOLUMBIEN EINE CHANCE?

Rodolfo Arango Rivadeneira

In Kolumbien herrscht seit Jahrzehnten ein grausamer Bürgerkrieg (El Tiempo 17.10.1999). Rund 30.000 Ermordungen und 2.000 Entführungen pro Jahr sowie mehr als eine Million Vertriebene beweisen das Ausmaß der menschenrechtlichen Katastrophe. Die kolumbianische Öffentlichkeit ist bei der Bewertung dieser Situation gespalten. Links- und Rechtsextremisten versuchen, eine in ihrer Mehrheit pazifistisch orientierte Bevölkerung¹ von der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen. In diesem Zustand scheint die Herrschaft des Rechts als friedentiftendes Medium zur Regelung des gesellschaftlichen Lebens illusorisch zu sein. Dies wird dadurch bestätigt, dass Gewalt und Korruption herrschen und Strafverfolgung fast gänzlich fehlen. Rund 90 Prozent der Straftaten bleiben ungesühnt. Es stellt sich nun die Frage, ob das Recht in Kolumbien überhaupt eine Chance hat.

1. Drei mögliche Erklärungen der Gewaltbereitschaft in Kolumbien

Seit seiner endgültigen Unabhängigkeit von Spanien im Jahre 1819 wurde Kolumbien überwiegend demokratisch regiert. In 180 Jahren republikanischen Lebens hat das Land insgesamt nur rund sieben Jahre Militärdiktatur erlebt. Im Unterschied zu Brasilien, Chile oder Argentinien litt Kolumbien während des zwanzigsten Jahrhunderts nicht unter Militär-

¹ Ca. 10 Millionen Kolumbianerinnen und Kolumbianer haben am 24. Oktober 1999 gegen die Gewalt protestiert und die Extremisten aufgefordert, sich endlich ernsthaft um eine friedliche Lösung des Bürgerkrieges zu bemühen. Gleichzeitig wurden Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der größten Guerillagruppe Kolumbiens aufgenommen.

herrschaften, die zu systematischen Menschenrechtsverletzungen geführt hätten. Doch zeigt sich in Kolumbien eine verbreitete und üblich gewordene Gewaltanwendung, die zur Missachtung der Menschenrechte durch öffentliche Organe und private Gruppen unterschiedlichster Ausrichtungen geführt hat.

Die Kriminalitätsrate zeigt, dass der Andenstaat bei weitem das höchste Gewaltniveau in der Welt aufweist: rund 80 Morde kommen auf einhunderttausend Einwohner (Revista Análisis Político 1997: 32). Drei sich nicht ausschließende Erklärungen der Gewaltbereitschaft kommen hier in Betracht: eine wirtschaftliche, eine politische und eine kulturelle.

1.1 Wirtschaftliche Erklärungsmuster der Gewalt

In den letzten 45 Jahren wies Kolumbien im Durchschnitt ein Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent pro Jahr auf. Nur in den letzten Jahren verringerte sich die Wachstumsrate als Folge des inländischen bewaffneten Konflikts und der Wirtschaftskrise in Lateinamerika dramatisch. Anfang des Jahrhunderts war Kolumbiens einziges Exportgut der Kaffee, heutzutage aber exportiert das Land außerdem Erdöl, Steinkohle, Erdgas, Bananen, Blumen und Textilien. Es handelt sich bei den Exporten hauptsächlich um Rohstoffe und Produkte, die eine geringe industrielle Bearbeitung aufweisen, wobei durch den Export die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit vom Ausland verschärft werden. Zu den Exportgütern zählen aber auch illegale Produkte wie Kokain, Marihuana und Heroin, die in der nördlichen Hemisphäre konsumiert werden.

Die Vereinigten Staaten sind der größte Handelspartner Kolumbiens, gefolgt von Deutschland und den übrigen Ländern der Europäischen Union. Etwa 34 Prozent der legalen Exporte gehen in die USA. Umgekehrt betragen ihre Investitionen in Kolumbien mehr als 50 Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen. Die wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA in Kolumbien sind nicht nur deshalb sehr stark. Auch die geopolitische Lage des Landes – der Einfluss auf die Karibik- und Pazifikregion sowie auf das Amazonasgebiet mit seiner biologischen Vielfalt – macht Kolumbien zu einem wichtigen strategischen Land auf dem amerikanischen Kontinent.

Nur wenige Bürger profitieren allerdings von den engen Wirtschaftsbeziehungen zu den USA. Wie vor einigen Jahren der frühere Präsident Alfonso López Michelsen zutreffend behauptete, entsteht das Problem der Gewalt in Kolumbien nicht deswegen, weil es Armut gibt, sondern weil sehr viel Armut und sehr viel Reichtum nebeneinander existieren, so dass der Kontrast zwischen beiden zu groß ist. Die soziale Ungerechtigkeit charakterisiert aber nicht ausschließlich die Lage Kolumbiens, sondern

die der gesamten „Dritten Welt“. Sie reflektiert mit aller Deutlichkeit die negativen Auswirkungen des neoliberalen Entwicklungsmodells. Millionen Menschen sind von der materiellen Entwicklung ausgegrenzt. Ein beträchtlicher Teil der kolumbianischen Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Nur 10 Prozent der Bevölkerung besitzen mehr als 80 Prozent des Reichtums des Landes. Nach dem letzten Bericht der Vereinten Nationen über den menschlichen Fortschritt müssen 2,7 Millionen Menschen in Kolumbien – d.h. 7,4 Prozent der Bevölkerung – mit nur einem Dollar pro Tag auskommen (El Espectador, 13.07.1999). Die Zahlen der Volkszählung von 1993 verdeutlichen, dass nur ein Drittel der kolumbianischen Jugend die Schulausbildung beendet und nur 15 Prozent Zugang zur Universität haben. Eine halbe Million Schüler müssen jährlich ihre Studien nur deswegen abbrechen, weil sie ihre Ausbildung nicht finanzieren können. Rund 40 Prozent der Jugendlichen ist arbeitslos, ohne jede staatliche Unterstützung (El Tiempo, 07. 07.1999). Es ist kein Wunder, dass ca. 60 Prozent der Guerilla aus Minderjährigen besteht.

1.2 Politische Erklärungsmuster der Gewalt

Neben den wirtschaftlichen Erklärungsmustern für die Gewalt lassen sich auch politische anführen. Die beiden wichtigsten Parteien Kolumbiens, die Liberale und die Konservative Partei, haben auch heute noch entscheidenden Einfluss auf die Bevölkerung. Dritte Parteien wie beispielsweise die Kommunistische Partei oder andere unabhängige politische Bewegungen, hatten bisher kaum eine Chance, die Politik des Landes mitzugestalten. Ende der vierziger Jahre eskalierte der Kampf um die Macht zwischen Liberalen und Konservativen, so dass die Gewalt als Mittel des politischen Kampfes massiv und regelmäßig eingesetzt wurde (A. Molano 1994: 11ff.). Die politische Opposition wurde allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer anderen politischen Partei verfolgt und umgebracht. Diese Periode der kolumbianischen Geschichte wird als *La Violencia* (die Gewalt) bezeichnet. In den letzten Jahren hat sich die Tendenz zur bewaffneten Auseinandersetzung vom politischen Bereich auf alle Bereiche des sozialen Lebens ausgedehnt.

An den Gewalttaten sind verschiedene soziale Gruppen auf die unterschiedlichste Art und Weise beteiligt: die linksgerichtete Guerilla durch Überfälle auf Dörfer und Entführungen von Zivilisten, die Drogenhändler durch Terrorismus und Ermordungen, die von Großgrundbesitzern, Politikern und Unternehmern finanzierten paramilitärischen Streitkräfte durch Hinrichtungen und Entführungen von unbewaffneten Zivilisten sowie der Staat durch das Militär oder die Duldung bzw. die aktive Unterstützung der

Paramilitärs.² Die kolumbianische Regierung – vor allem die Armee – kann schließlich selbst für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden. Ferner ist die normale Kriminalität für einen großen Teil der Gewalt in Kolumbien verantwortlich. Einen der wesentlichen Gründe für das hohe Konfliktpotenzial sehen Forscher der kolumbianischen Nationaluniversität im Charakter des kolumbianischen Staates begründet:

„Der kolumbianische Staat ist schwach. Er repräsentiert die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung nicht. Man kann behaupten, dass es in Kolumbien mehr Regierung als Staat gibt. Dies hat damit zu tun, dass der Staat wenig Legitimität besitzt und seine territoriale Herrschaft weder auf das ganze Land noch auf alle sozialen Gruppen erstreckt. Ein Staat, der unfähig ist, seine Gesetze anzuwenden und durchzusetzen, schafft die Möglichkeiten dafür, dass Private die Oberhand gewinnen und oft durch Waffenanwendung die Konflikte zu lösen suchen (...). In dieser Form findet eine Wertverschiebung statt, infolge derer individuelle Interessen und der Individualismus den Vorrang vor öffentlichen Interessen haben, so dass die Solidaritätsbeziehungen und das gemeinschaftliche Leben zurückgedrängt werden“ (Revista Análisis Político 1997: 28).

Vor dieser politischen Konstellation breitet sich die Korruption unbehindert aus. Ein Faktor, der dazu entscheidend beigetragen hat, ist der seit den siebziger Jahren steigende Einfluss der Drogenmafia auf Politik und Wirtschaft. Die Finanzierung von politischen Parteien oder einzelnen Kandidaten und die Investitionen u.a. in der Bauindustrie zeigen die Macht der Drogenhändler. Die Drogenmafia hat in Kolumbien nicht nur die Form des organisierten Verbrechens nach klassischer Vorgehensweise der Mafia angenommen. Sie hat außerdem als Interessengruppe versucht, durch die Anwendung von Terrorismus ihre Ziele zu erzwingen, um so Gesetzesänderungen zugunsten eigener Interessen durchzusetzen (Análisis Político 1997: 29). Hohe Investitionen in den Einkauf von Ländereien sichern den Drogenhändlern ferner ihre territoriale Herrschaft. Private Armeen stellen auf der jeweiligen lokalen Ebene ihre Interessen sicher. Das führt zur Deinstitutionalisierung, sodass in dem Andenstaat heutzutage an vielen Orten nur die Waffen herrschen.

² In der Tageszeitung El Tiempo (Lecturas Dominicales) vom 17. Oktober 1999 heißt es: „In der Armee ist das Phänomen [des Paramilitarismus, R.A.] entstanden, als hierarchisch organisierte, durch starke Treueverhältnisse gebundene Gruppen entschieden haben, den Krieg ohne Beachtung jener Regeln oder befehlender Vorgesetzten zu führen. Sie existieren neben den militärischen Einheiten und Offizieren, die nichts davon wissen, dass verdeckte Operationen – vorzüglich durch Dritte – praktiziert werden. Die gegenseitige Unterstützung von Militärs und Selbstverteidigungsgruppen trägt dazu bei, dass die ersten einer strafrechtlichen Verurteilung für die begangenen Menschenrechtsverletzungen entkommen können.“

In Kolumbien unterminiert die Existenz illegaler bewaffneter Gruppen das staatliche Gewaltmonopol. Seit den fünfziger Jahren haben sich große und kleine, kriminelle und ideologische Gruppierungen hauptsächlich in den schwer zugänglichen Regionen des Landes eingerichtet. Von diesen sind die linksgerichteten, marxistisch orientierten „Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“ (*FARC-EP*) die stärkste Rebellen­gruppe des Landes. Sie bestehen aus ca. 15.000 Mitgliedern, die vorgeben im Namen des ganzen Volkes für Frieden mit sozialer Gerechtigkeit gegen die Oligarchie und den Imperialismus zu kämpfen. Die Guerilla finanziert sich hauptsächlich durch Gelder aus der Überwachung des Kokaanbaus (Revista Semana, 11. Oktober 1999) und der Entführung von Wohlhabenden und Angestellten ausländischer Unternehmen (Análisis Político, 1997: 33). Insbesondere die lukrativen Einkommen durch den Boom des Drogen­geschäfts ermöglichten der Guerilla, ihre Ausrüstung durch den Kauf von Waffen zu perfektionieren, die sie zum großen Teil auf dem Schwarzmarkt in Nord- und Mittelamerika erwerben. Die Guerillaorganisation *FARC-EP* hat mit der Zeit ihre militärische und territoriale Herrschaft gefestigt, besonders in Regionen, in denen sie aufgrund der Abwesenheit, Untätigkeit bzw. groben Fahrlässigkeit des Staates von der Zivilbevölkerung unterstützt wird (Análisis Político 1997: 33).

Die von den Drogenhändlern finanzierte Zunahme der Paramilitärs hat zu derart gravierenden Menschenrechtsverletzungen geführt, dass sie nur mit den grausamen Kapiteln der ethnischen Säuberungen der NS-Regime, der sowjetischen Gulags oder den Massakern in Ruanda, Bosnien oder Kosovo zu vergleichen sind. Es ist keine Seltenheit mehr, wenn sogar in der Nähe der Hauptstadt Santafé de Bogotá innerhalb von zwei Monaten 200 Zivilisten durch paramilitärische Streitkräfte kaltblütig hingerichtet werden, weil sie von diesen Gruppen verdächtigt wurden, die Guerilla zu unterstützen. Nach Angaben der Tageszeitung El Espectador hat sich die Zahl der Entführungen während des Jahres 1999 auf 2.007 Personen erhöht (El Espectador 16.09.1999).

Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen seitens der Paramilitärs und der Linksextremisten in Kolumbien sind auch auf die gigantischen Gewinne, die der Drogenhandel ermöglicht, zurückzuführen. Das Gewalt­potenzial kann also nur verringert werden, indem die Drogenproduktion kontrolliert wird. Die Rolle der USA ist dafür entscheidend. Sie sind der größte Drogenmarkt der Welt. Dort verbleiben die größten Gewinne des Geschäfts. Einige Daten erläutern die besondere Rolle der USA hinsichtlich der Gewalt in Kolumbien:

„Ein Kilogramm Kokain kostet im Urwald Kolumbiens zwischen 500 und 700 US-Dollar, erreicht den Wert von 1.200 US-Dollar beim Grenzübergang, erzielt in Miami den Wert von 20.000, in Chicago von 32.000 US-Dollar und wird in kleinen Mengen zu einem Preis von 158.000 US-Dollar verkauft“ (Análisis Político 1997: 59).

In Kolumbien werden jährlich ca. 30.000 Morde begangen, von denen 95 Prozent unaufgeklärt bleiben. Dieses Gewaltpotenzial ist zu einem erheblichen Teil Resultat des Einflusses der Drogengelder auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Langfristig zerstört dies jegliche Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens der Gesellschaft. Auch der innere Konflikt zwischen Establishment und den verschiedenen Rebellengruppen – *FARC*, *ELN* (Nationale Befreiungsarmee) und *EPL* (Volksbefreiungsarmee) – verschärft sich zusätzlich durch das Drogenproblem. Die gigantischen Gewinne des Drogengeschäftes begünstigen die Bildung von paramilitärischen Streitkräften, was wiederum zum Wachstum der Guerillabewegung beiträgt, indem arme Bevölkerungsgruppen sich der Guerilla anschließen, weil sie von den zu Großgrundbesitzern gewordenen Drogenhändlern vertrieben werden (Análisis Político 1997: 61). Dieses Phänomen hat nicht nur dazu geführt, dass die elementarsten Grundrechte auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und auf allgemeine Handlungsfreiheit systematisch verletzt werden, sondern auch, dass mehr als eine Million Menschen von ihrem Land vertrieben wurden.

Die Menschenrechte gelten zu Beginn des 21. Jahrhunderts als zentrales Thema der internationalen Beziehungen und werden als fundamentaler Bestandteil jeder Demokratie eingefordert. In Kolumbien dagegen werden nicht nur die zivilen und politischen Bürgerrechte, sondern auch soziale, ökonomische und kulturelle Rechte verletzt, obwohl sie durch die Verfassung gewährt werden (Análisis Político 1997: 62).

1.3 Kulturell-historische Erklärungsmuster der Gewalt

Ein vollständiges Bild der Gewaltbereitschaft in Kolumbien erhält man nur, wenn zu der wirtschaftlichen und politischen Erklärung eine übergreifende kulturell-geschichtliche Interpretation hinzugefügt wird. Die kolumbianische Kultur trägt die Lasten eines historischen Kolonialstaates, in dem die Volksvertreibung mit ausbeuterischen Zwecken und eine konsequent verfolgte Assimilationspolitik der unterschiedlichen ethnischen Gruppen unter dem Banner der Christianisierung durchgesetzt wurde. Bis zum Anfang dieses Jahrhunderts begründeten die jeweiligen Regierungen die Indianergesetzgebung damit, dass die Ureinwohner aus ihrem barbarischen Zustand mittels des Erwerbs der spanischen Sprache und des christ-

lichen Glaubens zu dem zivilisierten Leben geführt werden sollten (R. Uribe 1907: 151). Die Absicht der kulturellen Assimilation ist tief in das allgemeine Bewusstsein eingedrungen. Das indianische Element wird noch heute zurückgedrängt. So besteht in Kolumbien z.B. das schlimmste Schimpfwort darin, jemanden „Indianer“ zu nennen (El Tiempo 19.10. 1999); diese Bezeichnung hat eine abschätzige und herabwürdigende Bedeutung. Diese Tatsache deutet darauf hin, wie tief der Rassismus in Kolumbien verwurzelt ist.

Als Reaktion auf die von den Eroberern aufgezwungene Normativität entwickelte sich in der Bevölkerung die Einstellung, dass ethische und juristische Gesetze zwar formal befolgt, aber nicht mit Inhalt gefüllt werden: *se obedece, pero no se cumple*. Auf diese Weise verbreiteten sich der Widerstand und der zivile Ungehorsam gegen die als fremd und illegitim angesehene Normativität. Diese historisch erlernte Erfahrung ist bis heute Bestandteil der psychologischen Einstellung der Bürger zum Gesetz geblieben. Dadurch hat das kolumbianische Volk den Sinn für Moral und Recht nicht erlernen können. Sie wurden letztlich durch Politik und Krieg ersetzt. Dieses kulturelle Erbe führt uns zu den Quellen der gewaltsamen Konfliktaustragung.

Die Moral wurde von Anfang an mit der Frage nach der Existenz eines „wahren“ Gottes verwechselt. Die Katholiken glaubten, dass sie eine konkrete Religion akzeptieren und ausüben müssten, um moralisch gute Menschen zu sein. Diese angenommenen wechselseitigen Implikationen zwischen Moral und Religion sind falsch. Sie tragen außerdem dazu bei, das Fundament der laizistischen politischen Öffentlichkeit auszuhöhlen. Die Abscheu der Intellektuellen vor der Moral kann deshalb nicht verwundern. Jene wird bis heute mit totalitärem, absolutistischem und dogmatischem Denken assoziiert und hat zu einem verbreiteten Antiklerikalismus geführt. Der Verzicht auf Religion kann aber nicht gleichzeitig ein Verzicht auf Moral bedeuten, denn dies würde der Herrschaft der Stärkeren Tor und Tür öffnen. Kant hat den laizistischen Sinn der Moral betont. Nach ihm sollten wir nur so handeln, dass die Maxime unseres Willens als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann. Diese Kantische Formel – die unter dem Namen des kategorischen Imperativs bekannt ist – ist dem Talion-Gesetz, Inbegriff der Privatjustiz, überlegen. Letztere operiert mit einer retributiven Logik: Ich ermorde, weil du ermordest; ich raube, weil du es auch machst; ich entführe dich, weil du Steuern hinterziehst. Diese Logik wird beispielsweise in einer offiziellen Erklärung der paramilitarischen Gruppen deutlich: „Die Charakteristika und irregulären Methoden des Konfliktes wurden von Anfang an seitens der Guerilla festgelegt. Wir haben uns verpflichtet gefühlt, als einzige Maßnahme, um unser Leben zu retten, die selben Methoden der Guerilla

anzuwenden" (Autodefensas Unidas de Colombia, 12. Juli 1999). In einem Interview an den Rundfunksender *Radionet* präzisierte der damalige Chef der Paramilitärs, Carlos Castaño Gil, was er unter irregulären Methoden versteht: „Die ersten Massaker wurden von der Guerilla praktiziert, wahrscheinlich auch die nachfolgenden. Danach wurden diese Art von Praktiken üblich (...). Ich glaube, dass niemand den Mord eines Unschuldigen anordnen würde, keiner, der einen gesunden Menschenverstand hat. Bei dieser Art von Konflikten muss man aber leider den Tod von Unschuldigen einkalkulieren“.

Auch die Repräsentanten der Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (*FARC-EP*) argumentieren auf ähnliche Weise:

„Die *FARC-EP*, solidarisch mit allen Kämpfen des kolumbianischen Volkes, unternimmt die verschiedensten Arten von militärischen Aktionen gegen die zwei traditionellen Parteien, die Oligarchie und gegen die Agenten des repressiven Staatsapparats (...). Kämpfer, Waffen, Ziele und Ideale dienen den Bedürftigen in Kolumbien im alltäglichen und entschlossenen Kampf gegen die repressive und ausschließende Politik des Staates“ (*FARC-EP*, *Revista Resistencia* 1996).

Ihrerseits rechtfertigt die nationale Befreiungsarmee *ELN* die Entführung von Zivilisten und ihre Freigabe gegen Lösegeld, indem sie behauptet, dass diese Steuern hinterziehen würden. Allerdings kann Steuerhinterziehung von der Guerilla nicht nachgewiesen werden, sie ist in Kolumbien außerdem nicht strafbar und der *ELN* ist nicht demokratisch legitimiert, um richterliche Funktionen ausüben zu können.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die Einhaltung des Rechtsstaates in einer Gesellschaft nicht möglich ist, wenn jeder nur seine eigenen Ziele verfolgt und diese durch jegliche Mittel rechtfertigt, ohne sich an allgemein verbindliche Prinzipien zu halten, die Sicherheit und Freiheit für alle garantieren. Dies gilt sowohl für den Industriellen, der keine Steuern zahlt, weil es staatliche Korruption gibt als auch für die einfachen Leute, die rauben, bestechen oder erpressen, nur weil andere es auch tun.

Kants universalistische Moral ist zudem akzeptabler als der Grundsatz der Nutzenmaximierung, der in Kolumbien als „indianische Schlaueit“ (*malicia indígena*) bezeichnet wird. Das Gebot „instrumentalisieren niemanden“, das aus dem universalistischen Sinn der Moral abgeleitet werden kann, gehört zwar ursprünglich in eine fremde Kultur, wie die von Kant analysierte preußische Kultur des 18. Jahrhunderts. Es kann aber auch auf Kolumbien übertragen werden. Dieses Gebot dient nur als regulative Idee einer an sich dünnen, aber anspruchsvollen Moral, deren Realisierung

von der Bereitschaft aller abhängt, die sich gegenseitig als Gleiche in Würde und Recht anerkennen und respektieren wollen (Tugendhat 1995: 336f.). Eine Gemeinschaft von Gleichen in Würde und Recht ist nicht gleichzusetzen mit Meinungs- oder Glaubensgleichheit, sondern beinhaltet den kollektiven Willen zum kooperativen Zusammenleben, trotz der Eigenartigkeit der Kultur und Differenzen in der Bevölkerung.

Das Recht in Kolumbien wurde seit der Kolonialzeit als Instrument der herrschenden Klasse angewendet. Recht und Gesetz waren begrifflich verbunden, sodass die Frage nach der Legitimität des Rechts durch die Frage nach der Legalität des Gesetzes substituiert wurde. Das Recht wurde dadurch mit der Legalität – d.h. mit den ordnungsgemäß gesetzten Normen – identifiziert und von der Frage nach seiner Gerechtigkeit abgekoppelt. Das Gesetz, als Totem und Tabu, ist zum Schlüssel der Macht und Motor aller Veränderungen geworden, unabhängig davon, ob die materiellen Bedingungen – u.a. seine allgemeine Anerkennung – für seine Realisierung erfüllt sind. Die Akzeptanz des Gesetzes durch die Normadressaten (J. Habermas 1992: 159f.), d.h. die Legitimität, wurde von dem Rechtsbegriff abgetrennt und als eigenständiges soziologisches Phänomen betrachtet. Mit diesem Rechtsverständnis wird aber verkannt, dass das Fundament des Rechts in seiner Legitimität liegt. Nur indem die individuelle Motivation und kollektive Bereitschaft geschützt werden, die für das Vertrauen in und die Zuversicht auf eine normative, legitime Rechtsordnung für alle notwendig sind, wird das Recht in Kolumbien eine Chance haben können.

Mit der Missachtung des Grundsatzes, dass fehlende Legitimität der Mittel nicht durch die Wichtigkeit der Ziele geheilt werden kann, fängt die Krise der kolumbianischen politischen Kultur an. Viele soziale Gruppen sind von der Gerechtigkeit ihrer eigenen Ziele überzeugt, ohne Rücksicht auf die für ihre Verfolgung eingesetzten Mittel. So sind „Hinrichtungen“ unbewaffneter Zivilisten für die rechten paramilitärischen Mord-schwadronen eine effektive Form, die Rebellengruppen militärisch zu bekämpfen. Andererseits sind die erzielten Einkommen aus den Entführungen für die Rebellengruppen ein geeignetes Mittel zur Finanzierung ihres Krieges, eine Umverteilungsmaßnahme zwischen Reichen und Armen sowie eine Art Gefängnisstrafe wegen Steuerhinterziehung für reiche Leute. Mord, Entführung, Folterung und Terror können jedoch nicht durch politische und Zweckmäßigkeitsargumente geheilt werden. Ein vernünftiger Mensch würde nicht als Recht anerkennen, was auf das Unrecht baut. Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind nicht entschuldbar, ohne dass ihre Verursacher zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Verbreitung unmoralischen und verbrecherischen Verhaltens begünstigt den Militarismus, der in Kolumbien seit der Unabhängigkeit

das freiheitliche Denken und das demokratische Leben zurückdrängt, so dass eine selbstkritische laizistische Haltung der Öffentlichkeit bis heute nicht möglich ist. Unmoralische Handlungen im beschriebenen Sinne lassen sich bei allen Akteuren des bewaffneten Konfliktes, bei den offiziellen Streitkräften, bei paramilitärischen Gruppen und der Guerilla, aufzeigen:

In einem Interview der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit dem *FARC*-Anführer Calderón vom 27. September 1999, betonte dieser: „Wir töten keine Kolumbianer“. Man richte nur „Spione“ hin, die in die von der *FARC* kontrollierten Gebiete eindringen würden. Diese kurze Behauptung eines der Anführer der größten Rebellen Gruppe in Kolumbien deutet eine Verhaltenslogik an, die nicht zu verallgemeinern ist und dadurch wenig akzeptabel erscheint. Entweder sind die „Spione“, die „hingerichtet“ werden, weil sie in die von der *FARC* kontrollierten Gebiete eingedrungen sind, keine Kolumbianer und können deshalb nach Meinung der Guerillaorganisation hingerichtet werden – wobei nicht einzusehen ist, warum nicht-kolumbianische Spione hingerichtet werden können – oder die erste Behauptung ist falsch, dass die *FARC* keine Kolumbianer umbringen. Die Organisation könnte diese widersprüchliche Ausdrucksweise vermeiden, indem sie einfach schlicht sagen würde, dass sie die „Hinrichtung“ von „Spionen“ in der derzeitigen politischen Situation des Landes für gerechtfertigt hält. Dagegen aber könnte man wiederum einwenden, dass heutzutage solche Strafen weltweit verurteilt und als Verletzung der Konventionen zur Regelung bewaffneter Konflikte angesehen werden. Der Anführer der *FARC* könnte dem entgegen, dass die Guerilla das internationale Kriegsrecht nicht achtet, weil die kolumbianische Regierung sie nicht als eigenständige Armee anerkannt hat. Aber auch damit sind die „Hinrichtungen“ nicht zu rechtfertigen. Allgemeingültige moralische Regeln sollten eingehalten werden, unabhängig davon, ob andere sich daran halten oder nicht. Die Festnahme des „Spions“ würde zur Sicherung der Interessen der Rebellen Gruppe ausreichen. Seine „Hinrichtung“ soll aber als Vergeltungsakt und wirksames Abschreckungsmittel dienen, um andere Eindringlinge fern zu halten. Die Verhaltenslogik der Guerilla beweist, dass der militärische Konflikt zur systematischen Verletzung der Menschenrechte führt.

Nichts anderes geschieht von Seiten des Staates – repräsentiert durch die Militärs. Die Wochenzeitschrift *Cambio 16* berichtete in einer Ausgabe vom September 1999 über die Ermordung von Zivilisten durch Militärs mit der Absicht, die Statistiken der Rebellenbekämpfung künstlich zu erhöhen. Die Ermordung von Unschuldigen könnte zwar als eine verbrecherische Haltung Einzelner innerhalb des kolumbianischen Militärs bezeichnet werden, wie die staatlichen Autoritäten immer wieder behaupten. Es

handelt sich aber lediglich um ein Beispiel der verbreiteten Praktik der Ermordung sogenannter „entbehrlicher Personen“ (*desechables*) und „innerer Feinde“, die von öffentlichen und privaten rechtsextremistischen Sektoren als Mittel zum Zweck der sozialen und politischen „Säuberung“ eingesetzt werden. Diese „Säuberungen“ werden ihrerseits von den Paramilitärs praktiziert und von breiten Sektoren der Gesellschaft mit dem Argument gebilligt, dass sich die Ermordeten letztendlich ihr Schicksal selbst ausgesucht hätten, indem sie straffällig geworden seien oder die Rebellengruppen aktiv oder passiv unterstützten. Diese Teile der kolumbianischen Gesellschaft stimmen – vergleichbar mit der Duldung des NS-Regimes in Nazi-Deutschland durch die Bevölkerung – den „Hinrichtungen“ von „Kriminellen“ zu. Sie glauben naiver Weise, dass dies die Situation des Landes verbessern werde, indem das soziale Chaos gemildert wird. Sie bedenken aber nicht, dass nur die wirksame Aufhebung der Ursachen dieses Chaos, d.h. Bekämpfung von Armut, Ungerechtigkeit, Hass und Angst, eine tatsächliche Veränderung einleiten kann.

Wie ist also die Verachtung des Rechts in Kolumbien zu erklären? Meiner Ansicht nach lässt sich dies durch autoritäre und totalitäre Züge in der Einstellung der Bevölkerung erklären, die das unmoralische Verhalten der bewaffneten Parteien rechtfertigt.

Herman Kantorowicz (ohne Jahr) hat bezüglich rechtloser Gesellschaften behauptet:

„Es gibt sogar ethische Systeme, die dem Recht, ja den weltlichen Ordnungen überhaupt, allen Wert absprechen, wie der radikale Anarchismus und gewisse Formen des Asketizismus; sie können deshalb die moralische Autorität des Rechts überhaupt nicht anerkennen. In einer Gesellschaft, die solche Lehren sich zu eigen machen würde, könnte das Recht nicht mehr wirksam sein. Eine Art „Legalismus“ allein würde es nicht aufrecht erhalten können. Wenn nur noch selbstische Beweggründe – wie etwa die Furcht vor der ordnungsgemäßen Durchsetzung des Gesetzes – seine Beachtung ratsam erscheinen ließen, dann würden so viele Menschen auf die Chance vertrauen, der Durchsetzung des Rechts zu entgehen, dass das Gesetz bald gar nicht mehr durchgeführt werden würde. Selbstische Gefühle können das Gefühl moralischer Verpflichtung nicht ersetzen; dieses Pflichtgefühl ist der einzige Hüter des Rechts (...)“.

Das in Kolumbien üblich gewordene Spiel des strategischen Diskurses, des Schweigens und des Lügens, höhlt die Grundlagen des gemeinsamen Willens aus, der als Fundament einer friedlichen, politischen und sozialen Gesellschaftsordnung dienen soll.

2. Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten

Um Demokratie und Menschenrechte zu fördern, muss es einen gesellschaftlichen und politischen Neuanfang geben. Am Anfang eines solchen Unterfangens steht die Analyse der kulturellen Vergangenheit und ihrer Bearbeitung. Es ist eine durch Willkür, Ungerechtigkeit und Negation des Anderen geprägte Vergangenheit. Das, was sich heute als eine existenzielle Herausforderung für Kolumbien darstellt, ist die Übernahme der Verantwortung für Missstände, welche die Einwohner Kolumbiens zu einander Fremden und oft zu Feinden werden lässt. Die Frage nach der individuellen und kollektiven Verantwortung muss der Leitfaden sein, die Vergangenheit durch Reflexion und kritische Auseinandersetzung zu bewältigen. Zur Bearbeitung dieser Frage ist z.B. die vom deutschen Philosophen K. Jaspers (1995) eingeführte Unterscheidung u.a. zwischen krimineller, moralischer und politischer Schuld von großer Bedeutung. Die kriminelle Schuld trifft hier die Urheber von Massakern, Entführungen, Hinrichtungen und Folterungen. Alle diese Täter müssen verfolgt und zur Rechenschaft gezogen werden. Dafür ist die Intervention der Vereinten Nationen nötig. Wenn die Menschenrechtsverletzer nicht in Kolumbien verurteilt werden, muss die neu geschaffene internationale Strafgerichtsbarkeit eingeschaltet werden. Moralische Schuld trägt ihrerseits diejenige Person, die durch ihre Handlungen andere willkürlich schwer verletzt, wobei die Beurteilungsinstanz ihr eigenes Gewissen ist. Politische Drahtzieher, die möglicherweise durch eine Amnestie oder Gnadenakte begünstigt würden, werden weiterhin die moralische Schuld für ihre Unrechts-taten tragen müssen.

Zuletzt, im Gegensatz zur kriminellen und der moralischen Schuld – die jeweils individuell ist –, tragen wir Bürger und Bürgerinnen Kolumbiens eine politische Schuld für unsere Regierung, die sich aktiv oder passiv an Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Jede Person ist verantwortlich für die Form, wie sie regiert wird. Wir müssen uns bewusst machen, dass wir, wenn wir nicht gegen die Menschenrechtsverletzungen kämpfen, kollektiv für die daraus erwachsenden Konsequenzen haften werden müssen.

Die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit scheint eine allzu große Aufgabe zu sein, die aber dennoch bewältigt werden kann. Die Doppelmoral – permanenter Bestandteil kolumbianischer Geschichte – ist ein Teil der Gesellschaft geworden. Sie führt zu rassistischer und sozialer Diskriminierung, politischer Korruption, Erpressung, Unterstützung rechts- und linksextremistischer Gruppierungen, Entführungen und Mord. Wir erleiden gegenwärtig die Konsequenzen früher gemachter Fehler.

Dazu zählen beispielsweise die Anerkennung und Anwendung der von den USA propagierten Doktrin „des inneren Feindes“ zur Bekämpfung des Kommunismus in Lateinamerika. Fehlentscheidungen wurden aber auch im Hinblick auf den opportunistischen Umgang mit den Drogengeldern und der nur inkonsequenten Bekämpfung der Mafia getroffen.

Die gesellschaftliche Versöhnung verlangt außerdem, die Opfer der Gewalt zu entschädigen. Es sollten Mahnmale errichtet werden, die an die menschenrechtliche Katastrophe erinnern. Ferner sollte die Armee sowie die Guerilla vollständig abgeschafft werden. Menschenrechtsverletzungen müssten verfolgt und ihre Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Dafür ist die internationale Intervention der Vereinten Nationen nötig. Wenn die kolumbianische Gerichtsbarkeit sich nicht in der Lage sieht, die Menschenrechtsverletzer zu verurteilen, sollte dies im Rahmen der internationalen Strafrechtsgerichtsbarkeit geschehen.

Eine weitere wichtige Aufgabe für Juristen, Ökonomen und anderen Sozialwissenschaftler ist die Armutsforschung. Als Voraussetzung für die Einhaltung der Menschenrechte, die Umsetzung eines sozialen Rechtsstaats und die Verwirklichung von Demokratie ist eine interdisziplinäre Forschung von Nöten, die die Bekämpfung der Armut als wichtigste Variable der Wirtschaftsmodelle und -projekte vorsieht. Eine tatsächliche Einbeziehung der Armen in das Wirtschafts- und Sozialsystem verlangt tiefergehende Land-, Bildungs- und Steuerreformen, die neben dem Wirtschaftswachstum auch das Existenzminimum als Maßstab berücksichtigen. Die staatliche Fürsorge im Falle von Hunger, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter muss gewährleistet sein, um das Gewaltpotenzial zu reduzieren.

Kolumbien benötigt zudem mehr Rechtsphilosophen, Soziologen, Psychologen, Künstler und Filmemacher, die sich mit unserer kulturellen Tradition kritisch auseinander setzen und mit einer umfassenden Rekonstruktion und Reorientierung unseres Schul- und Hochschulsystems beschäftigen, die auch die gesamte Bevölkerung mit einbezieht, so dass das Recht in Kolumbien in diesem Jahrhundert eine Chance haben kann.

Literatur

- El Espectador (1999), Rezagados en la calidad de vida, 13. 7.
 El Espectador (1999), Ya van 2.007 secuestros este año, 16. 9.
 El Tiempo (1999), Editorial: Juventud: sí futuro?, 7. 7.
 El Tiempo, Lecturas Dominicales (1999), Para avanzar hacia la paz, 17. 10.
 El Tiempo, Lecturas Dominicales (1999), Autodefensas: De lo local a lo nacional, 17. 10.
 El Tiempo (1999), „Indio Cochino!“, Andrés Hurtado García, 19. 10.
 FARC-EP (1996), Somos pueblo en armas por una patria justa, Manuskript.

- Habermas, J. (1992), Faktizität und Geltung, Frankfurt a. M.
- Jaspers, K. (1965), Die Schuldfrage, München.
- Kantorowicz, H. (o. J.), Der Begriff des Rechts, Göttingen.
- Molano, A. (1994), Trochas y fusiles, Bogotá.
- Revista Cambio (1999), 16. 9.
- Revista Semana (1999), 11. 10.
- Revista Análisis Político (1997), Instituto de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales, Universidad Nacional de Colombia, Juli.
- Tugendhat, E. (1995), Vorlesungen über Ethik, Frankfurt a. M.
- Uribe Uribe, R. (1955), Reducción de salvajes (1907), in: Ders., Por la América del Sur, Bd. 1, Bogotá.